

Dachverband für Soziales und Gesundheit

Beschluss Ausschuss 7.6.2023

Was für uns wichtig ist

Partnerschaftliche Zusammenarbeit der Politik und Behörden mit dem Dritten Sektor	1
Sicherheiten und Entlastung für ehrenamtliche Verantwortungsträger	1
Ressourcen für Betroffenenvertretung und Mitsprache als gemeinnützige Organisationen	1
Bedarfserhebung vereinheitlichen und Sozialleistungen noch gezielter ausrichten	2
Mit einer Behinderung leben darf nicht zu einer Geldfrage werden.....	2
Soziales und Gesundheit sind besser zu verknüpfen.....	2
Fachkräftebedarf und neue Maßnahmen Familienentlastung.....	2
Wohnortnahe Sicherung essenzieller Dienste	3
Wohnen in Südtirol für alle absichern	3
„Transversalität“ in der Politik und in der Zivilgesellschaft: Aus für Alleingänge	3

Partnerschaftliche Zusammenarbeit der Politik und Behörden mit dem Dritten Sektor

Gemeinnützige Organisationen sind Teil und tragende Säule des Gemeinwesens. Der Gesetzgeber weist ihnen klare Rollen, Verantwortungen und Ansprüche zu. In der Praxis funktioniert das noch nicht, sie erleben sich oft nicht als Partner auf Augenhöhe.

Damit sich dies ändert, muss ein entsprechender Prozess und eine gezielte Vorgehensweise samt den nötigen Ressourcen festgelegt werden.

Sicherheiten und Entlastung für ehrenamtliche Verantwortungsträger

Ehrungen reichen nicht, um Freiwilligenarbeit und Ehrenamt zukunftsfähig zu gestalten. Die aktuellen Entwicklungen führen dazu, dass immer mehr Funktionär/innen entnervt aufgeben. Sie stehen vor wachsenden Herausforderungen und erleben bei den zuständigen Behörden vielfach eine große Ohnmacht (und personelle Unterbesetzung), um die nötigen praktischen Hilfestellungen zu erhalten oder gar Vereinfachungen im Prozedere zu erkennen. Auf der anderen Seite ist ein wachsendes Anspruchsdenken der Bürger/innen zu erkennen, welches sich angesichts einer Konsumwelt zwangsläufig ergibt.

Durch gemeinsames Auftreten von Dachorganisationen, Politik und Behörden soll mittels abgestimmter und konkreter Maßnahmen eine nachhaltige Entlastung des Ehrenamtes ersichtlich gemacht werden.

Ressourcen für Betroffenenvertretung und Mitsprache als gemeinnützige Organisationen

Die Menschen sehen sich wachsenden Herausforderungen gegenüber und die globalen, aber auch manche lokalen Entwicklungen verleiten dazu, sich resigniert zurückzuziehen. Es ist unbestritten, dass der Sozialstaat nur funktionieren kann, wenn alle gesellschaftlichen Kräfte dazu beitragen. Die Coronakrise hat aufgezeigt, welche Dimension der Beitrag des Dritten Sektors einnimmt. Es ist jedoch nicht zulässig, diesen auf seine Krisenbewältigungspotentiale zu reduzieren oder als Lückenbüßer für jene Dienste zu betrachten, welche nicht von der öffentlichen Hand oder den gewinnorientierten Betrieben bewältigt werden (können).

Die Organisationen des Dritten Sektors sind Interessenträger, als solche einzubeziehen und mit den nötigen Ressourcen auszustatten, wenn sie diese nicht eigenständig aufbringen können. Sie müssen in die Lage versetzt werden, mit Kontinuität und Professionalität die Stimme und Sichtweise jener Personengruppen vorzubringen, die fragil sind oder jedenfalls nicht die nötigen finanziellen Ausstattungen haben.

Bedarfserhebung vereinheitlichen und Sozialleistungen noch gezielter ausrichten

Staat und Land wenden verschiedene Erfassungssysteme an, um Leistungen wie Familiengeld, Pflegedienste oder soziales Mindesteinkommen zu bemessen. Damit wird ein großer Kosten- und Arbeitsaufwand sowohl für die unterstützten Personen als auch für die Behörden und Fachkräfte generiert, aber auch das Risiko gestreut, wirklich bedarfsgerecht zu agieren. Hier ist anzusetzen.

Nach vielen Anwendungsjahren muss ein Bewertungsprozess angegangen werden, ob das System EEE bleiben oder abgelöst werden soll, ob anstelle dessen ISEE zur Anwendung kommen oder wie auch immer eine einheitliche Lösung aussehen soll. Auf der Leistungsseite hingegen braucht es ebenfalls eine Revision, die dazu führt, die nötigen Fördermittel im soziosanitären Kontext ebenso wie bei Bildung, Wohnen und Pflege noch enger an den festgestellten Bedarf auszurichten.

Mit einer Behinderung leben darf nicht zu einer Geldfrage werden.

Menschen mit einer Behinderung werden von einer UN-Konvention aber auch durch Staats- und Landesgesetze in besonderer Weise geschützt und sollen von jeglicher Diskriminierung befreit werden. In der Praxis ist das nicht so einfach, denn auf Grund der unterschiedlichen Beeinträchtigungsformen müssen auch die Interventionen individuell vorgesehen und umgesetzt werden. So erhalten die betreffenden Personen einerseits verschiedene Unterstützungsleistungen, auch finanzieller Form, müssen aber für bestimmte Dienste auch Tarife bezahlen. Es besteht Sorge, z.B. hinsichtlich einer barrierefreien Mobilität, dass Behinderung weiterhin einschränkend ist oder jedenfalls Mehrkosten bedeutet, wenn eine gesellschaftliche Teilhabe ohne Hürden angepeilt wird.

Deshalb braucht es eine Überprüfung und eventuell Anpassung der aktuellen Unterstützungs- und Tarifpolitik und die Garantie, dass eine Behinderung nicht zu Benachteiligung und Ausgrenzung führt.

Soziales und Gesundheit sind besser zu verknüpfen.

Die Politik und öffentliche Hand ist aufgerufen, alle Planungsinstrumente in Abstimmung mit den Stakeholdern und im Hinblick auf den Sozial- und Gesundheitsbereich besonders mit den Betroffenenorganisationen und mit den gemeinnützigen Hilfsorganisationen auszuarbeiten und laufend anzupassen.

Nach dem Landessozialplan braucht es nun auch einen neuen Gesundheitsplan für Südtirol, der auch auf die gravierenden Entwicklungen der letzten Jahre und auf die inzwischen gestarteten Änderungsprozesse durch die vom Staat vorgegebenen PNRR-Projekte (Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza) eingeht. Dieser künftige Gesundheitsplan soll Orientierung geben, wie die Bürger/innen erstverantwortlich für ihre Gesundheit zu sorgen haben, welche Dienste ihnen zustehen und welche Standards sie erfüllen müssen.

Fachkräftebedarf und neue Maßnahmen Familienentlastung

Was sich heute schon mit gravierenden Folgen abzeichnet, wird noch weitreichendere Folgen haben: Nicht nur in der Wirtschaft, sondern und in eklatanter Weise auch bei soziosanitären und Betreuungsdiensten fehlt es an Mitarbeiter/innen. Der Bedarf steigt schneller als er gedeckt werden kann. Damit am Ende nicht die Familien, d.h. v.a. die Frauen alles auffangen müssen – ohne dafür gerüstet zu sein – müssen Pflege, Betreuung, persönliche Assistenz und auch Gesundheitsversorgung umgehend von Grund auf organisatorisch neu durchdacht werden.

Alle vermeidbaren Tätigkeiten („doppioni“, Melde- und Verwaltungswege, digitale Insellösungen, automatisierbare Abläufe, Fahrtzeiten sowohl der Betreuten als auch der Fachkräfte) sind auszuschließen oder effizienter zu gestalten. Dazu sind Änderungen in Kauf zu nehmen und Bildungsprozesse zu planen. Damit alle

Kräfte die nötige Motivation entwickeln, muss ihre Einbindung auf allen Ebenen aufgewertet und gepflegt werden. Wo es ökonomische Schräglagen gibt, müssen auch diese couragiert bewältigt werden.

Parallel dazu braucht es ein Management für die Unterstützung der (betreuenden) Angehörigen. Was mit den Anlaufstellen zur Pflege einen guten Ansatz gefunden hat und derzeit durch die Koordinierungsstelle COT des Gesundheitswesens ergänzt wird, sollte seine Fortsetzung in einem Organisationssystem finden, wo Gemeinwesens- und Familienpolitik, Wohnpolitik und sozialsanitäre Politik gemeinsam entwickelt und ebenso umgesetzt werden. Damit sollen Familien gestärkt, unterstützt und kontinuierlich begleitet werden, um sich in sicherem Kontext zu wissen und eigenaktiv auch herausfordernden Lebenssituationen stellen zu können.

Wohnortnahe Sicherung essenzieller Dienste

Das öffentliche Sozial- und Gesundheitssystem, aber auch die Mobilität und die Grundversorgung müssen so aufgestellt und abgesichert sein oder bleiben, dass Menschen auch in entlegeneren Ortschaften leben können, ohne dadurch diskriminiert zu sein.

Aus diesem Grund ist es – am Beispiel des Gesundheitswesens - notwendig, von der traditionellen Konzentration der Dienste auf die Krankenhäuser abzuweichen und den lokalen Ambulatorien mehr Gewicht zu geben, in dem auch die örtliche Krankenpflege ausgebaut wird. Die neuen Projekte des PNRR weisen ebenfalls eindeutig in diese Richtung. Voraussetzung dazu ist, dass die Hausärzte einerseits von Verwaltungsleistungen entlastet und andererseits verstärkt in die digitale Vernetzung mit den Fachdiensten der Krankenhäuser und Gesundheitssprengel bzw. Gemeinschaftshäuser integriert werden. Parallel dazu muss auch die sozialsanitäre Integration besser gestaltet werden, damit nicht jeder Dienst unabhängig vom anderen die Begleitung der Patienten/Betreuten organisiert.

Wohnen in Südtirol für alle absichern

Die bisherigen Maßnahmen und die starke Orientierung an einen hohen Eigentumswohnungsanteil hat in Südtirol ebenso zu einer Diskriminierung einkommensschwacher Personengruppen geführt, wie auch die große Konkurrenz durch touristische Nutzung der Wohnräume und -flächen. Dort, wo der größte Personalbedarf herrscht, ist auch der Wohnungsmarkt am überzogensten: Es gibt keine leistbaren Wohnungen. Die Lösung kann nicht eine ständige Ausdehnung des Sozialwohnbaus sein, sondern ein gesetzlicher Kontext, der einen gesunden Mietmarkt wiederbelebt und auf einer allgemeinen Lohnregelung beruht, die auch unteren Einkommenschichten eine Mietwohnung auf dem freien Markt ermöglicht. Diese Entwicklung ist nur möglich, wenn Landschaftsplanung, Urbanistik, Gemeinden und Land, Unternehmertum und Baufirmen ebenso wie Gewerkschaften und Sozialverbände zu einem gemeinsamen Verständnis finden und entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

„Transversalität“ in der Politik und in der Zivilgesellschaft: Aus für Alleingänge

Die Klimaentwicklung oder auch die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass Zukunft nur mehr durch ein breites und aufrichtiges Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte positiv gestaltet werden kann. Noch scheinen aber die meisten Abläufe in Südtirol sektoriell gesehen und gestaltet zu werden – von allen Seiten.

Mehr denn je braucht es gemeinsame und verbindliche Tische, an denen die großen Themen erfasst und diskutiert werden, an denen die geteilte Verantwortung aller Seiten für die Bewältigung dieser Herausforderungen offengelegt werden und wo auch klargestellt wird, dass jede Maßnahme letztlich nicht nur einen Sektor, ein Assessorat oder eine Institution betrifft, sondern immer auch mehr oder weniger Auswirkungen auf andere hat. Beispiel: Gute Schule, bessere Integration, gesünderes Leben, geringere Sozialrisiken, wenige Wahrscheinlichkeit für künftigen Sozialwohnungsbedarf = Kostenumverteilung.

Es braucht eine aktive Wahrnehmung und Pflege dieser Zusammenhänge und Vernetzungen, da jeder Zug an einer Stelle des Spinnennetzwerks alle anderen Fäden dehnt oder entlastet.